

ZeitschriftenSchau

Was trennt Gewerkschaften

Von **Martin Höpner**

Dr. Höpner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln und absolviert derzeit einen einjährigen Forschungsaufenthalt am Zentrum für europäische Studien der Harvard-Universität.

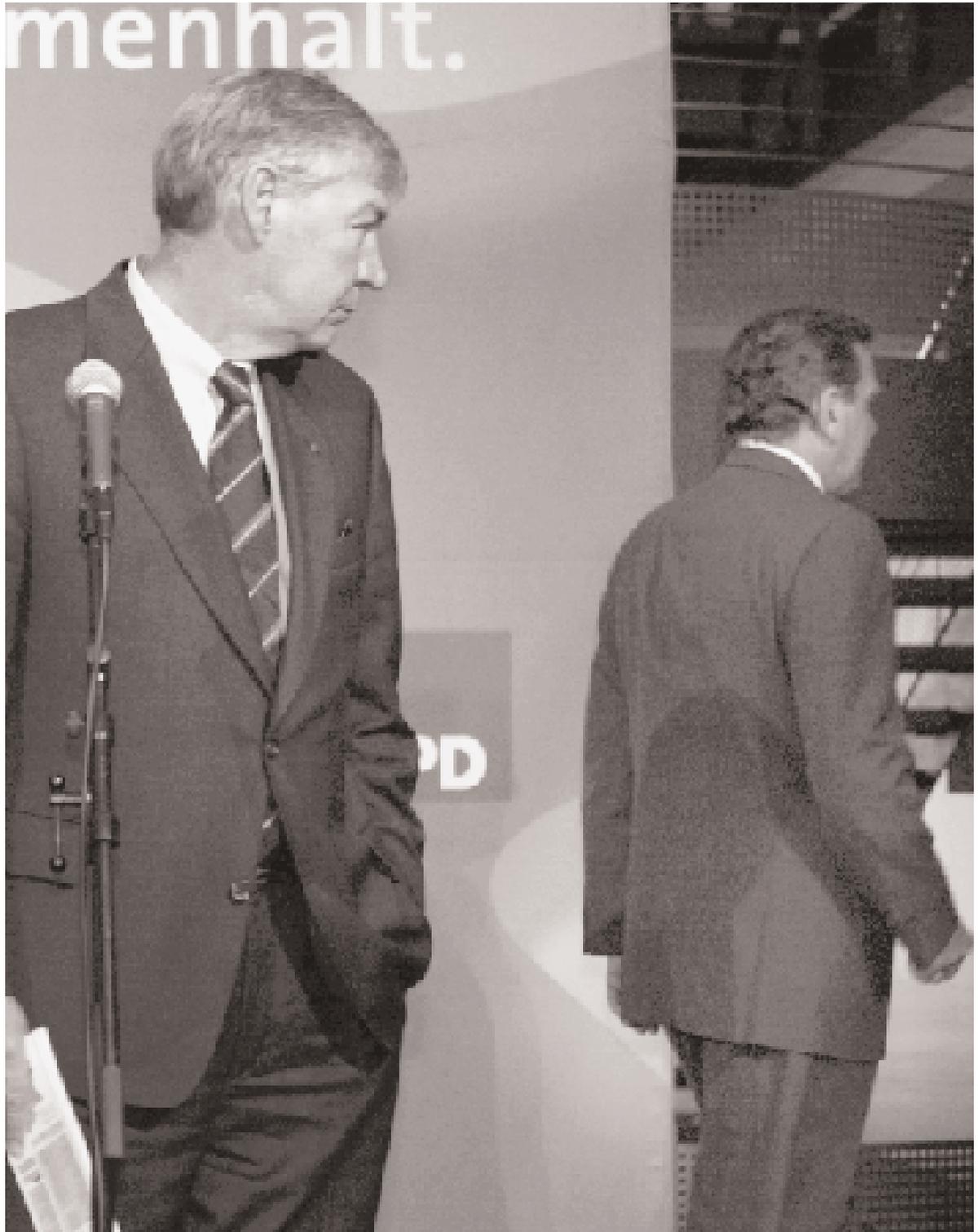


Foto: dpa

und Sozialdemokratie?

In den 90er Jahren haben sich Sozialdemokraten zunehmend von gewerkschaftlichen Positionen entfernt. Sozialwissenschaftliche Fachzeitschriften diskutieren die Ursachen kontrovers: Lassen sich mit klassischer gewerkschaftlicher Politik keine Wahlen mehr gewinnen? Oder liegt es in der Natur der aktuellen Probleme, dass sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften auseinander dividieren?

■ Gewerkschaftskanzler oder Genosse der Bosse? Einige Wochen nach seiner Wiederwahl wurde Kanzler Schröder für seinen „Kuschelkurs“ gegenüber den Gewerkschaften kritisiert. Doch schon mit der geplanten Mittelstandsoffensive, dem Kanzleramtspapier zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und den Plänen zur Liberalisierung des Ladenschlusses sind die nächsten Konflikte zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften vorprogrammiert. Auf Vorwürfe angesprochen, die SPD übernehme neoliberale Positionen, sagte Schröder, es sei nicht das vorrangige Ziel der Sozialdemokraten, die FDP überflüssig zu machen. Aber: „Das kann ein Nebeneffekt sein.“

Man geht auf sichtliche Distanz

Nicht nur deutsche Gewerkschafter registrieren, dass „ihre“ sozialdemokratischen Parteien in Fragen der wohlfahrtsstaatlichen Politik, des Arbeitsmarkts oder der Haushaltspolitik konservativer werden und sich programmatisch von den Gewerkschaftsorganisationen entfernen. Das

legt der Politologe James Piazza (Universität Meredith, North Carolina) in Ausgabe 4/2001 von *Party Politics* dar. Bald nach Bill Clintons Wahl zum US-Präsidenten im Jahr 1992 zerstritten sich amerikanische Gewerkschaften und die Demokratische Partei über Fragen der Handelspolitik. Vizepräsident Al Gore weigerte sich auf dem Gewerkschaftstag des amerikanischen Dachverbands AFL-CIO im Jahr 1996 standhaft, sich zu der Aussage zu bekennen, dass Gewerkschaften gut für Arbeitnehmer sind. In seiner Fernsehansprache nach dem Wahlsieg von 1997 versprach der britische Premierminister Tony Blair Fairness gegenüber den Gewerkschaften, aber nicht ihre Begünstigung. James Laxer von der kanadischen Neuen Demokratischen Partei betonte seine Bereitschaft, die Gewerkschaften zum Wohl der Wirtschaft in die Schranken zu weisen.

1996 machte der schwedische Premierminister Göran Persson die Gewerkschaften für steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich und begründete damit sein Programm zur Flexibilisierung von Arbeitsmarkt und Lohnfindung. Die israelische Arbeiterpartei hat sich zu einer Partei der



Die Zeitschriftenaufsätze

■ James Piazza: De-linking Labor. Labor Unions and Social Democratic Parties under Globalization. In: *Party Politics* 4/2001, 413–435.

■ Bernhard Ebbinghaus: Dinosaurier der Dienstleistungsgesellschaft? Der Mitgliederschwund deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich, MPIfG Working Paper 2002-03. Download unter: www.mpi-fgkoeln.mpg.de/pu/workpapers_de.html

■ Christoffer Green-Pedersen/Kees van Kersbergen/ Anton Hemerijck: Neo-liberalism, the „Third Way“ or what? Recent Social Democratic Welfare Policies in Denmark and the Netherlands. In: *Journal of European Public Policy* 2/2001, 307–325.

■ John Callaghan: Social Democracy and Globalization: the Limits of Social Democracy in historical Perspective. In: *British Journal of Politics and International Relations* 3/2002, 429–451.

→ Privatisierung, der Haushaltskonsolidierung und des Freihandels gewandelt. Ganz zu schweigen von der restriktiven französischen Haushaltspolitik unter Jospin. In Australien und Japan haben sich die Arbeiterparteien liberalen Vorstellungen angenähert. Kurz: Transformationen der Sozialdemokratie zeigen sich über unterschiedlichste Ländergruppen hinweg. Nicht nur bei deutschen Gewerkschaftern wächst die Kritik an „ihren“ Sozialdemokratien.

Parteien kämpfen an zwei Fronten gleichzeitig. Einerseits wollen sie Probleme lösen und ihre Programme verwirklichen, andererseits müssen sie sich so verhalten, dass sie bei Wahlen mehrheitsfähig sind. Piazza zufolge liegt der Schlüssel zum Verständnis der Veränderungen der Sozialdemokratie in der zweiten Dimension: Mit klassisch gewerkschaftlicher Politik lassen sich keine Wahlsiege mehr erzielen. Die Internationalisierung der Wirtschaft, so Piazza, hat die Gewerkschaften in den 80er Jahren zunehmend und in fast allen westlichen Industrieländern geschwächt. Gewerkschaften mit weniger Mitgliedern können weniger Wähler mobilisieren. Folglich wenden sich sozialdemokratische Parteien neuen Wählerschichten zu, knüpfen Allianzen mit bürgerlichen Wählergruppen und wandern dabei nach rechts. Die „neue Mitte“ wird geboren. Ob die gewerkschaftlichen Konzepte zur Lösung von Problemen noch zeitgemäß sind oder nicht, ist demnach irrelevant – die sozialdemokratischen Parteien sind auf der Suche nach Wählern, nicht nach Problemlösungen.

Stete Auflösung des sozialkulturellen Milieus

Mit dieser Sicht der Dinge lässt sich sicherlich ein Teil des Problems er-

fassen. Offensichtlicher Schwachpunkt von Piazzas Argumentation: Warum soll es vor allem die Internationalisierung sein, die die Gewerkschaftsbewegungen geschwächt hat? Wer etwas über gewerkschaftliche Mitgliederentwicklung erfahren will, kann sich in einem Aufsatz des Kölner Soziologen Bernhard Ebbinghaus kundig machen. (Working Paper des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Nummer 3/2002).

Ebbinghaus hat alle für Deutschland verfügbaren Daten von 1950 bis 2000 zusammengetragen. In Deutschland ist heute nur noch jeder fünfte Arbeitnehmer, der nicht im Ruhestand ist, Mitglied einer Gewerkschaft. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist damit niedriger als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Besonders problematisch: Es sind vor allem die Jugendlichen, die sich von Gewerkschaften fernhalten. Mitte der 80er Jahre lag der Anteil der bis 25-Jährigen im DGB noch bei 15 Prozent. Heute sind es nur noch fünf Prozent. Lediglich jeder zehnte jugendliche Arbeitnehmer ist gewerkschaftlich organisiert. Aber jedes fünfte DGB-Mitglied ist im Ruhestand. Setzen sich diese Trends fort, dann liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in weniger als 20 Jahren bei unter zehn Prozent – auf französischem Niveau.

Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Wie Ebbinghaus darlegt, ist es nicht unbedingt die Arbeitslosigkeit, die den Gewerkschaften das Leben schwer macht. Denn in den 50er und 60er Jahren, zur Zeit der Vollbeschäftigung, sanken die gewerkschaftlichen Organisationsgrade. In den 70ern, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückkehrte, konnte die gewerkschaftliche Mitgliederwerbung ihre größten Erfolge verbuchen. Und die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den

Niederlanden hat sich nicht in einer Stärkung der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis niedergeschlagen. Zu dem Ursachenbündel, das die Gewerkschaften schwächt, zählen soziokulturelle Veränderungen – die Auflösung so genannter sozialkultureller Milieus –, ein allgemeiner Trend zur Skepsis gegenüber Großorganisationen, flexibler gewordene Erwerbsbiographien, der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sowie das Ausbleiben gezielter politischer Organisationshilfen. Fest steht: Mit Gewerkschaftsfreunden, Mitgliedern und deren Angehörigen allein lassen sich keine Wahlen mehr gewinnen – eine plausible Erklärung für die Strategiewechsel der Sozialdemokratien, in Deutschland und anderswo.

Gewerkschaftliche Politikrezepte greifen nicht mehr

In Ausgabe 2/2001 des Journal of European Public Policy vertreten die Politikwissenschaftler Christopher Green-Pedersen (Universität Aarhus, Dänemark), Kees van Kersbergen (Universität Nijmegen, Niederlande) und Anton Hemerijk (Universität Leiden, Niederlande) die Gegenthese zu Piazza: Nicht wahltaktische Überlegungen verändern die Sozialdemokratien. Es sind hingegen, so die Autoren, die klassisch gewerkschaftlichen Politikrezepte, die an ihre Grenzen gestoßen sind und zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen nichts mehr beitragen. Demnach brechen sozialdemokratische Parteien eher mit Fehlern der 70er Jahre als mit ihren Zielen und Grundprinzipien. Anhand einer Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialdemokratisch geführten Regierungen in den Niederlanden (seit 1989) und Dänemark (seit 1993) betonen die

Autoren: Die sozialdemokratischen Parteien sind keineswegs einfach „neoliberal“ geworden, sondern sie haben einen adäquaten und kohärenten Politikstil entwickelt, der weder klassisch sozialdemokratisch noch liberal ist. Dieser „dritte Weg“ kombiniert verschiedene Politikinstrumente: die Entlastung des Faktors Arbeit von Steuern und Abgaben; die Bezuschussung niedriger Erwerbseinkommen; den Abbau der Staatsverschuldung; den Umbau von Arbeitsverwaltungen zu Agenturen der Aktivierung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden; und den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Programme, die den Rückzug von Arbeitnehmern aus dem Arbeitsmarkt förderten. In keinem der beiden Länder, betonen die Autoren, haben die sozialdemokratischen Regierungen versucht, Beschäftigung durch die Absenkung der Realeinkommen am unteren Rand des Arbeitsmarkts zu schaffen. Das wäre der neoliberale Weg gewesen.

Warum greifen die Rezepte der 70er Jahre nicht mehr? Das Autorenteam verweist zum einen auf einen veränderten internationalen Kontext, der die Steuerung der Wirtschaft durch keynesianische Politik erschwert hat. Zum anderen haben die Regierungen der 70er den Regierenden der 90er eine schwere Hypothek hinterlassen, die die Autoren als „welfare without work“, als Spirale ständig sinkender Beschäftigungsquoten durch die kostspielige Herausnahme vor allem älterer Beschäftigter aus dem Arbeitsmarkt beschreiben. Damit wurden große Bevölkerungsgruppen dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen und die Wohlfahrtsstaaten in Finanzierungsprobleme gestürzt, die vor allem vor dem Hintergrund der Vorbereitung auf die Wirtschafts- und Währungsunion nicht mehr zu bewältigen waren.

Das zentrale Argument von Green-Pedersen, van Kersbergen und Hemerijck ist: Adäquate Problemlösungen wurden in den 90er Jahren mit klassisch gewerkschaftlichen Zielen immer unvereinbarer. Sozialdemokratisch geführte Regierungen haben Gewerkschaften heute weniger zu bieten als noch vor 25 Jahren – weder keynesianische Politik noch weitere wohlfahrtsstaatliche Expansion. So ist es die Natur der Probleme, die Sozialdemokratie und Gewerkschaften auseinander dividieren, und Gewerkschaften müssen über ihren eigenen Schatten springen, um „ihren“ Sozialdemokratien auf diesem neuen, dritten Weg zu folgen.

Die guten Jahren waren die Ausnahme

Somit stehen sich zwei völlig unterschiedliche Erklärungsansätze unserer sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Ehekrise gegenüber, und beide enthalten einen wahren Kern. Der eine Ansatz legt nahe: Die strategischen Optionen der SPD haben sich verändert. Die gewerkschaftlichen Rezepte zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise mögen angemessen und zukunftsweisend sein – trotzdem, aus rein wahltaktischen Gründen wenden sich die Sozialdemokraten der bürgerlichen Mitte zu. Das ist Wasser auf die Mühlen der gewerkschaftlichen Programmatik.

Der andere Erklärungsansatz sucht die Schuld für das Zerwürfnis bei den Arbeitnehmerorganisationen, die nur zögerlich von den Politikrezepten der 70er Abstand nehmen. Versöhnung ist nicht in Sicht. Denn weder ist eine Neuauflage der gewerkschaftlichen Organisationserfolge der 70er Jahre zu erwarten, noch ist in Deutschland ein Ende der Reformphase absehbar. Denn nichts

von dem Maßnahmenbündel, das zur Belebung der dänischen und niederländischen Arbeitsmärkte führte – Entlastung des Faktors Arbeit, Bezuschussung niedriger Erwerbseinkommen, Abbau des strukturellen Staatsdefizits, Umbau der Arbeitsverwaltungen, Stopp der Frühverrentungen – ist in Deutschland bisher wirklich umgesetzt worden.

Hinzu kommt: Es hilft nicht weiter, die goldenen Jahre der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Eheromantik zu verklären. Dies legt John Callaghan (Universität Wolverhampton, Großbritannien) in Nummer 3/2002 des *British Journal of Politics and International Relations* dar. In seinem kenntnisreichen Überblick zur sozialdemokratischen Regierungspraxis verschiedener Länder seit dem Ersten Weltkrieg zeigt Callaghan, dass die Funktionsweisen kapitalistischer Ökonomien sozialdemokratischen Politikzielen schon immer, und nicht erst seit den 80ern, klare Grenzen gesetzt haben. Sozialdemokratien konnten Phasen hohen Wachstums für ihre Ziele nutzen, aber ihre Fähigkeit, durch Politik Wachstum herzustellen, war schon immer gering.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg, so der Autor, waren die Finanzmärkte westlicher Industrieländer entwickelt genug, um sozialdemokratische Regierungen auf den Pfad der ökonomischen Orthodoxie zurückzuführen. Callaghan beschreibt beeindruckende Parallelen zwischen den Perioden ab 1918 und ab 1973 und zeigt, dass die scheinbare Vereinbarkeit sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Maximalziele mit den Möglichkeiten und Erfordernissen kapitalistischer Ökonomien zwischen Zweitem Weltkrieg und Ölkrise historisch die Ausnahme und nicht der Regelfall war. ■